



Leseprobe aus Obermeier, Seniorinnen und Senioren im Kontext der digitalen
Revolution, ISBN 978-3-7799-6157-4

© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?
isbn=978-3-7799-6157-4](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6157-4)

1 Einleitung und Problemskizze

Digitalisierung und Vernetzung, Mediatisierung, Technisierung, Internet – dass *Medien* und die damit zusammenhängende Technik das Leben der Menschen, ja, die gesamte Menschheit, nachhaltig und radikal beeinflussen und verändern, ist seit der Existenz der Schrift und seit der Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg klar. Dass die Erfindung des Internets und die damit eingeläutete Digitalisierung aller Lebensbereiche zu einem ebenso epochalen und alles verändernden Ereignis wie die Erfindung des Buchdruckes reifen könne, geistert bereits jetzt durch die Feuilletons großer Tages- und Wochenzeitungen und durch die Weiten des World Wide Webs. In jedem Falle ist das Internet respektive dessen Technologie äußerst bemerkenswert. Erfunden für die schnelle und problemlose Vernetzung, Kommunikation und Verbreitung von Inhalten und Nachrichten für Militär und Wissenschaft, hat das Internet seinen Siegeszug angetreten und alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Kaum einer kann sich dem alles umspannenden Schlagwort *Digitalisierung* entziehen. Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft: alle sind konfrontiert mit dem, was Digitalisierung bedeutet und mit dem, was sie an Herausforderungen mit sich bringt. Doch ist nicht mehr nur von Digitalisierung die Rede: vielmehr wird bereits der „digitale Wandel“ (bmwi 2016) thematisiert, welcher impliziert, dass zukünftig einiges anders wird und wenig so bleiben wird, wie es bisher war. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bmwi) widmet sich zielstrebig und energisch diesen Themen. Die aktuelle Situation der Digitalisierung wird vom BMWI folgendermaßen umrissen:

„Der digitale Wandel betrifft jeden: Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, Studierende, Familien, junge und alte Menschen. Auf dem Land und in der Stadt. In der Werkstatt nebenan wie im Großbetrieb. Das birgt große Chancen – aber auch Herausforderungen. Digitale Infrastruktur, vernetzte Fabriken, Datensouveränität, eine an den neuen Anforderungen ausgerichtete Bildung, neue Geschäftsmodelle und Technologien“ (bmwi 2016).

Was anklingt, ist, dass Digitalisierung zum Selbstverständnis Deutschlands werden soll und dadurch viele Gesellschaftsbereiche einem Wandel unterworfen werden und sich Prozesse in allen Winkeln gesellschaftlichen Wirtschaftens, Lebens, Lernens und Regierens neu konstituieren müssen. Damit umschrieben sind Veränderungen, die alle Bereiche ergreifen und die jeden und jede betreffen. Damit verbunden sind Herausforderungen, die, das sei vorweggeschickt, für den einen größer und für den anderen kleiner ausfallen werden. Die Bundesregierung hat, um auf diese sich wandelnden Anforderungen zu reagieren,

die „Digitale Strategie 2025“ (bmwi 2016) auf den Plan gerufen. Zentrales Anliegen dieses Strategiepapieres ist, „ein digitales Deutschland möglich [zu] machen“ (bmwi 2016). Im Rahmen dieser *Digitalen Strategie 2025* sollen die notwendigen Kompetenzen entwickelt und die relevanten Schritte identifiziert und begangen werden, die Digitalisierung deutschlandweit über alle Bereiche hinweg ermöglicht. Dass Digitalisierung insbesondere für die Wirtschaft zuvorderst Vernetzung bedeutet und ermöglicht, macht die „Charta digitale Vernetzung“ (2014) deutlich. Bei dem Verein Charta digitale Vernetzung e.V. handelt es sich um eine Vereinigung, die aus einer Unternehmens-Initiative hervorgegangen ist. Den Ursprung nahm diese Initiative im Jahre 2014 bei dem Nationalen IT-Gipfel, welcher jetzt als Digital-Gipfel lanciert wird. Die Idee dieser Initiative ist folgende:

„Als übergeordnete Initiative verkörpert die Charta eine positive Grundhaltung zu den Themen der digitalen Vernetzung. [...] Die Zukunft unseres Landes hängt zunehmend davon ab, wie wir digitale Technologien einsetzen und in Wirtschaft und Gesellschaft integrieren. [...] Es geht dabei nicht allein um die Nutzung von Internet, Computer oder Smartphone, sondern um eine stark wachsende Anzahl vernetzter Geräte, die mit anderen Geräten, Maschinen oder Personen digital vernetzt kommunizieren – etwa im Haushalt, in einer Windkraftanlage, in einem Fahrzeug oder in einer Straßenlaterne. [...] Deutschland kann nur dann wirtschaftlich erfolgreich bleiben, wenn wir die Potenziale der digitalen Vernetzung gezielt erschließen“ (Charta digitale Vernetzung 2017).

Der Initiative geht es folglich um die Steuerung der fortschreitenden Digitalisierung. Insgesamt beinhalten die Darstellungen dieser Ziele und Grundsätze auch den Bias, die Digitalisierung durch kontrollierte und *kontrollierende* Maßnahmen zu gestalten; man kann sich als aufmerksamer Leser dieser Zeilen nicht in Gänze des Eindrucks erwehren, dass sowohl aus den Darstellungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie als auch aus den Ausführungen des Vereins Charta Digitale Vernetzung e.V. eine gewisse Unsicherheit herauszulesen ist, wie die Digitalisierung zu händeln ist. Diesem Wandel sind, das ist unbestritten, mannigfaltige Herausforderungen immanent, deren Einflüsse insbesondere für die Zivilgesellschaft bislang noch nicht zu ermessen sind. Folglich sind Schlussfolgerungen und vermeintliche Ausblicke und Prognosen Resultat theoretischer Überlegungen oder fußen auf *gegenwärtig* gewonnenen Ergebnissen empirischer Praxis. Trotzdem müssen eben diese Aspekte ernst genommen und in die Überlegungen einer aktiven Gestaltung des Digitalisierungsprozesses eingeflochten werden. Dass sich im Zuge der benannten Prozesse besondere Herausforderungen für die Zivilgesellschaft ergeben, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass es gar eine Forderung nach digitalen Grundrechten gibt. Die Initiatorinnen und Initiatoren der „Charta der Digitalen

Grundrechte der Europäischen Union“ (digitalcharta.eu 2016), initiiert durch die ZEIT-Stiftung, vertreten die Auffassung, dass die Grundrechte einer neuen Diskussion im Rahmen der Herausforderung der Digitalisierung unterworfen werden müssen. Dazu gehört die zentrale Forderung, dass es Digitale Grundrechte auf EU-Ebene geben muss, die der Besonderheit der neuen Situation Ausdruck verleihen (vgl. digitalcharta.eu 2016). Wenn sich prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Datenschutz und Verlagswesen² dafür aussprechen, dass die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger neu definiert und neu ausgekleidet werden müssen, erscheint die Digitalisierung in einem ganz anderen Lichte. Dann verblasst der postulierte Glanz der Vernetzung vieler Arbeitsfelder und Gesellschaftsbereich und die als positiv konnotiert dargestellten Aspekte der Vernetzung (potenziell) aller Geräte unter sich erhält eher einen kritikwürdigen Kontext. Wenn also digitale Grundrechte notwendig werden, kann das, was quasi *im* Internet und *durch das* Internet passiert, geschieht, bewerkstelligt wird, nicht mehr als von uns als Individuen abgrenzbar wahrgenommen werden. Das *Durchdringen* aller Lebensbereiche durch die digitalen Medien muss dann wortwörtlich begriffen werden. Bürgerinnen und Bürger sollen durch digitale Grundrechte vor dem, von Menschen gemachten, Wandlungsprozessen der Digitalisierung geschützt werden³. Was im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung tatsächlich im Hinblick auf positive oder auch negative Veränderungen auf die Zivilgesellschaft zudrängt, kann erst nach und nach erfasst werden. Jedoch fällt auf, dass sich aktuell eher führende Wissenschafts-, Wirtschafts- und Politikeliten mit diesem Themenfeld befassen⁴. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das Internet mit Herausforde-

2 Zu den Unterzeichnern der Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union gehören beispielsweise prominente Wissenschaftler wie der Soziologe Heinz Bude, Jeanette Hofmann und Wolfgang Wächter. Aus politischen Kreisen sind als Initiatoren (überblickshafte Auswahl) folgende Personen aktiv: Martin Schulz, Jan Philipp Albrecht. Der Datenschutz ist repräsentiert durch Prof. Johannes Caspar, dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz. Die ZEIT-Stiftung gehört mit Daniel Opper ebenso zu diesem Kreis wie Giovanni di Lorenzo. Das Verlagswesen wird zudem repräsentiert von Christoph Keese (Springer). Neben dem Kreis der Initiator*innen gibt es eine lange Liste von Unterstützerinnen und Unterstützern (vgl. Digitalcharta.eu).

3 Im Zuge der Digitalisierung müssen die Diskussionen um das, was Privatheit noch ist und wo und wie sie zu schützen ist, immer wieder neu geführt werden. Insbesondere der von vielen Netzaktivisten als obsolet erklärte Datenschutz muss hier stärker Gehör finden – insbesondere dann, wenn es darum geht, Globalplayer wie Facebook, Google u. a. im deutschen Rechtsraum unternehmerisch tätig werden zu lassen. Dass Datenschutz dabei weniger Daten schützt, als vielmehr Persönlichkeitsrechte versucht zu wahren, ist leicht einzu-sehen.

4 Dass das Thema Digitalisierung für weite Bereiche der Gesellschaft eher Neuland oder noch zu erkundendes Terrain ist, zeigt sich insbesondere anhand der aktuellen Ergebnisse einer Studie Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahre 2017, die sich mit der Nutzung digitaler

rungen assoziiert und mit Unüberblickbarem verbunden (vgl. Initiative D21 2016: 51). Somit *muss* sich für die voranschreitende Digitalisierung eben diese Diskussion ergeben, *die bereits für die Internetnutzung geführt wurde*: Werden nicht – insbesondere durch die Mechanismen der fortschreitenden Digitalisierung – immer mehr Menschen *abgehängt*? Hinweise darauf, dass Digitalisierung mitnichten für jede und jeden eine Selbstverständlichkeit im alltäglichen Leben ist, zeigen die Ergebnisse des Digital-Index der Initiative D21 aus dem Jahr 2014: demnach gehören 63 Prozent der deutschen Bevölkerung zu den digital weniger Erreichten (vgl. Initiative D21 2014: 16; Initiative D21 2016: 28 f.). Diese Personengruppe konstituiert sich mehrheitlich aus Personen in der dritten Lebensphase ab einem Alter von 66 Jahren (Außenstehender Skeptiker (ebd.)) und wird zudem geformt aus Personen um die 50 Jahre, die wenig vertraut sind mit den neuen Technologien, sie werden als „[h]äusliche Gelegenheitsnutzer“ (Initiative D21 2014: 17) bezeichnet. Insbesondere anhand dieser Gruppe der Gelegenheitsnutzer zeigt sich, dass auch eine hohe Internet-Nutzerquote, dieselbe liegt hier bei rund 97 Prozent, nicht gleichzusetzen ist mit einer hohen Versiertheit im Umgang mit dem Internet und den damit zusammenhängenden Technologien (vgl. Initiative D21 2014: 16). Vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger finden nur zaghafte den Weg in einen digitalisierten Alltag. Wenngleich das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) in der Ü60-Studie aus dem Jahre 2016 aufzeigt, dass 52 Prozent der Personen über 60 Jahre online agieren, sprich, zumindest regelmäßig mit dem Internet umgehen, gehören lediglich 15 Prozent dieser Altersgruppe zu den Nutzerinnen und Nutzern, die das Internet intensiv und souverän nutzen (vgl. DIVSI 2016: 75).

Aufgrund dessen darf die Nutzungsquote nicht als Dammbrechargument für die Etablierung des Internets in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen gesehen werden. Zu betonen ist an dieser Stelle, dass eine flächendeckende Internetnutzung nicht in direkter Konsequenz in der Form gedeutet werden darf, dass damit gleichsam Kompetenzen und Mündigkeit einhergehen, die dazu befähigen, das Internet in (hohem Maße) vorteilig zu nutzen, womit er-

Medien im Schulunterricht befasst hat (vgl. bertelsmann-stiftung 2017). Problemfelder tun sich mannigfaltige auf: so empfinden Lehrerinnen und Lehrer zwar mehrheitlich den Einsatz digitaler Medien im Schulunterricht als sehr wichtig, wenden diese Hilfsmittel und Unterrichts unterstützenden Maßnahmen jedoch nur sehr verhalten an. Überdies steht die Ausstattung der Schulen in der Kritik. Neben schlechter oder nicht vorhandener WLAN-Abdeckung erzielt die Ausstattung mit Hard- und Software allenfalls minder ausreichende Beurteilungen (vgl. bertelsmann-stiftung 2017). Wenn also Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nicht nur von der Digitalisierung profitieren sollen, sondern zuvorderst erst einmal mitgenommen werden sollen, muss berücksichtigt werden, dass das Internet und damit verbundene Technologien nicht zum Repertoire eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin zählen.

neut der Hinweis auf die Diskussion der Internetnutzung als neue Determinante im Kontext sozialer Ungleichheit zu formulieren ist. Obwohl die jährlichen Fortschreibungen des D21-Digital-Indizes aufzeigen, dass sich behutsam die Gruppe der „Digital Außenstehenden“ (Initiative D21 2016: 29) verkleinert, zeigt sich im Gegensatz dazu, dass die Gruppe der *Digital Vorreitenden* ebenfalls schrumpft. Diejenigen, die bei der Digitalisierung mithalten, gewinnen gerade in den letzten vier Jahren nur marginale Anteile (vgl. Initiative D21 2016: 35). Die Initiative D21 erklärt die Ergebnisse folgendermaßen:

„Immer mehr Bereiche werden durch die Digitalisierung durchdrungen. Schon lange ist diese Entwicklung bemerkbar, zunehmend scheint sie auch jedem einzelnen bewusst zu werden. Gerade die, die einen hohen Digital-Index aufweisen, verlieren [...] Punkte bei Offenheit und Kompetenz. Die Digitalisierung verändert unsere Welt fundamental und ist unüberschaubar komplex. Dass ein dafür steigendes Bewusstsein die Werte bei Offenheit und Kompetenz sinken lässt, ist nicht verwunderlich. Große Umwälzungen, damit einhergehende Verunsicherungen und die teils negative mediale Begleitung – die wenig chancenorientiert verläuft – können Offenheit und Experimentierfreude behindern und die [sic!] eigenen Kompetenz und Fähigkeit in Relation geringer wirken lassen. Die Gesellschaft befindet sich in einem Lern- und Entwicklungsprozess.“ (Initiative D21 2016: 51).

Im Kontext der neusten Entwicklungen und der sich weiter ausdifferenzierenden Prozesse der Digitalisierung müssen beinahe schon *klassische* Fragen der sozialen Ungleichheit und der Lebenschancen neu gestellt werden.

Insbesondere der Arbeitsmarkt muss sich im Zuge der Digitalisierung auf neue Herausforderungen und explizit auf Umstrukturierungen einstellen. Dies ergibt sich aus der Notwendigkeit neuer Berufsbilder, die aus den Anforderungen heraus entstehen, die die Digitalisierung mit sich bringt⁵ (vgl. Eichhorst et

5 Wenn von neuen Herausforderungen am Arbeitsmarkt die Rede ist, dann sind dabei verschiedene Ebenen zu betrachten. Zum einen handelt es sich um Herausforderungen, welche sich direkt auf die Inhalte spezieller Berufe/Berufsbilder beziehen und hier Neuausrichtungen der bisher geltenden Expertise notwendig machen. Überdies zeigen Prognosen, dass sich langfristig weitere Berufsbilder konstituieren werden, die direkt auf die steigenden wissensbasierten Anforderungen der Digitalisierung antworten. Dazu gehören hochspezialisierte Berufe, welche die digitalisierten Bereiche und Prozesse steuern und überwachen, aber auch ausgestalten und weiter etablieren können. Neben diesen benannten Herausforderungen auf der Ebene der Berufsprofilierungen ergeben sich gesellschaftliche Herausforderungen, welche als Konsequenzen der Neujustierungen der Anforderungen am Arbeitsmarkt begriffen werden können. Mit der Automatisierung und dem Wegfall verschiedener Berufszweige, mit den wachsenden Anforderungen digitalorientierter Berufe und der Nachfrage nach hochspezialisierten Arbeitskräften müssen alte Themen gesellschaftlich neu verhandelt werden. Dazu zählen explizit für den Bereich des Arbeitsmarktes neu ent-

al. 2016: 1). Jedoch werden nicht nur neue Berufsbilder notwendigerweise entstehen müssen: bisher etablierte Berufe werden durch die Automatisierung, die den Möglichkeiten der Digitalisierung immanent ist, verdrängt respektive durch maschinelle Lösungen und digitale Arbeitsabläufe übernommen werden, so jedenfalls gestalten sich die prognostizierten Entwicklungen nach Frey und Osborne (2013: 36 ff.). Das Resümee einer umfassenden Untersuchung ist, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit einzelne Berufe bzw. Branchen durch Automatisierungsprozesse zu Ungunsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Arbeitsleistungen Umstrukturierungen erfahren.

Branchen, die von einem geringen Risiko für das Ablösen menschlicher Arbeitsleistungen durch digital organisierte Lösungen gezeichnet sind, sind solche wie das Gesundheitswesen, Finanzdienstleistungen und (Unternehmens)Management. Darüber hinaus scheinen Berufsfelder mit dem Schwerpunkt auf Serviceleistungen, Erziehung und Lehre einer eher geringeren Wahrscheinlichkeit der Ablösung durch digitale Organisation unterworfen zu sein (vgl. Frey/Osborne 2013: 37). Stark betroffen sein könnten von den prognostizierten Entwicklungen nach Frey und Osborne verschiedene Berufsfelder im Einzelhandel, zudem solche Berufe im Bereich Büroorganisation und Verwaltung, darüber hinaus Tätigkeiten in Logistik und Transport, aber auch spezifische Serviceangebote. Wengleich die Autoren hier auf den US-amerikanischen Arbeitsmarkt rekurrieren, lassen sich die sichtbar werdenden Trends auch für europäische Zusammenhänge übertragen. Die Ergebnisse zeigen auf, dass von der Digitalisierung mehr oder weniger konkret bestimmte Berufsfelder bedroht sein werden. Die Untersuchungsergebnisse offenbaren, dass es sich bei den Berufsfeldern um mehrheitlich solche handelt, die einen eher geringen formalen Bildungsstand implizieren. Dies bedeutet, dass eher hochqualifizierte Tätigkeiten erhalten bleiben und weniger spezialisierte Berufsbilder der Automatisierung unterworfen werden könnten.⁶

stehende respektive weiter ausdifferenzierte soziale Ungleichheiten (vgl. Eichhorst et al. 2016: 1).

- 6 Im Gegensatz dazu hat sich insbesondere in den letzten zehn Jahren ein soziales Phänomen ausgebreitet, welches sich darin zeigt, dass insbesondere der Niedriglohnsektor einen erheblichen Zuwachs erhalten und sich gar neue Formen der Prekarisierung etablieren (vgl. Hepp 2016: 1 ff.). Bude spricht gar vom neuen Proletariat (vgl. Bude 2008; vgl. taz 2017; siehe dazu auch Spiegel Online: Steingart 2006). Dieser Umstand ist somit äußerst beachtenswert: wenn sich eine steigende Zahl an Tätigkeiten ausbildet, die charakterisiert ist durch ein geringes Lohnniveau und ein geringes Qualifikationsniveau auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, läuft diese Entwicklung den Tendenzen der Automatisierung entgegen und die Folgen der Digitalisierung führen die Mechanismen der Ausgrenzungen weiter. Die Gruppe derjenigen, die als prekär lebend beschrieben wird, wird sich zukünftig weiter ausdehnen und sich neu konstituieren (vgl. Bauman 2005: 23).

Veränderungen am Arbeitsmarkt benötigen Veränderungen in der Ausbildung der zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit der Digitalisierung steigt der Bedarf weitergehend spezialisierter Arbeitskräfte. Diese Spezialisierung impliziert eine Kumulation hochkomplexen Wissens. Die Debatte um Digitalisierung wird also auch eine solche sein, die sich um Wissenstransfer, Ausbildung und Qualifikation drehen muss. Ausgehend von diesem skizzierten Szenario und basierend auf den Ausblicken von Bude (2008), Hepp (2016) und anderen, werden die Diskussionen um soziale Ungleichheiten und die dominierende Determinante neu entfacht. Gesamtgesellschaftlich zeigen sich für Deutschland also gleich mehrere Herausforderungen, die in Zukunft auf breiter Front gemeistert werden sollen. Neben der Digitalisierung und der nicht abebbenden Thematisierung von sozialen Ungleichheiten und damit verbundenen Folgeerscheinungen wie Prekarisierung und Armut ist ein dritter Aspekt gewichtiger Faktor im Kontext gesellschaftlicher Herausforderungen: die Rede ist vom demografischen Wandel. Die Überalterung der Gesellschaft und die zahlenmäßige Überrepräsentation von Personen in der dritten Lebensphase birgt die vielzitierten und mannigfaltig verhandelten Folgen: Pflegenotstand im Alter, Kollabieren der sozialen Sicherungssysteme, Fachkräftemangel.

Der Aspekt des wachsenden Anteils Älterer ist nicht nur vor dem Hintergrund der benannten Folgen von immenser Bedeutung. Denn: aktuelle Studien zeigen, dass das Alter eine *der* prägenden Determinanten der Internetnutzung oder der Nicht-Nutzung ist und insbesondere im Zusammenhang mit (neuen) Technologien eine tragende Rolle spielt. So sind es vor allem die Seniorinnen und Senioren, die zum einen ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben und zum anderem von den Pflichten der Erwerbstätigkeit entbunden sind, die eher als Nachzügler*innen gelten, wenn es darum geht, neue Technologien (und damit neue Medien) in ihren Alltag einzubinden (vgl. DIVSI⁷ 2017: 9). Dies liegt vor allem daran, dass eine steigende Komplexität auf die betreffenden Personen zukommt, die aufgrund verschiedener Faktoren nicht leicht überwunden werden kann. Digitalisierung wirkt nur dann befruchtend, wenn sie sich etablieren und Einzug in den Alltag der Zivilgesellschaft finden kann. Bereits heute ist offenkundig, dass sich die Zivilgesellschaft hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber der digitalen Entwicklung sehr heterogen zeigt:

„Eine deutliche Mehrheit der Deutschen steht der Digitalisierung positiv gegenüber. Rund sieben von zehn Befragten gehen davon aus, dass die Digitalisierung

7 Das DIVSI ist das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet und hat seinen Sitz in Hamburg. Das „DIVSI ist eine gemeinnützige Initiative der Deutschen Post AG, gegründet im Jahr 2011“ (DIVSI 2017).